

## Sachsens Zukunft gestalten: Mit Weitblick für Menschen, Regionen und Wirtschaft

Wer die Herausforderungen des Strukturwandels und weitreichender Reformen unter dem Vorzeichen einer angespannten Haushaltslage meistern möchte, muss die Debatte um die staatlichen Finanzen grundlegend führen. Denn gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation gelingt nur, wenn der kommende Landeshaushalt Ausdruck eines politischen Gestaltungsanspruchs ist. Die Bürger\*innen erwarten zu Recht Klarheit darüber, wie sich Sachsen entwickeln soll und wo es im Jahr 2030 stehen kann. Der Landeshaushalt für die Jahre 2027 und 2028 muss deshalb eine Antwort darauf geben, wie Sachsen als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig bleibt, Regionen sich weiterentwickeln und Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

Eine rein fiskalische Betrachtung wird dies nicht leisten können. Die pauschale Gegenüberstellung von investiven und konsumtiven Ausgaben

wäre finanzlogisch richtig, aber politisch verkürzt. Eine Haushaltspolitik, die nur investive Ausgaben schützt, ignoriert, dass viele konsumtive Ausgaben Voraussetzung dafür sind, dass Investitionen überhaupt wirken. Dies gilt gerade dort, wo präventiv gearbeitet wird. Denn Prävention dient der Begrenzung zukünftiger Pflichtausgaben. Dieser Umstand muss in den Haushaltsverhandlungen zwingend berücksichtigt werden.

Als größter Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege im Freistaat fordert der Paritätische Sachsen Politik und Verwaltung auf, den kommenden sächsischen Doppelhaushalt als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Projekts zu verstehen. Der Paritätische Sachsen und seine rund 500 Mitgliedsorganisationen aus nahezu allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Bildung sind bereit, an diesem Projekt mitzuarbeiten.

### Kommunen stärken – Finanzierungsstrukturen zeitgemäß ausgestalten

Die Lage der kommunalen Finanzen ist dramatisch. Kommunale Handlungsspielräume schwinden rapide. Zunehmend handlungsunfähige Kommunen sind der Ausgangspunkt eines fortschreitenden Vertrauensverlusts gegenüber staatlichen Institutionen und der Demokratie. Investitionsstau, Abwanderung junger Menschen, der Rückbau sozialer Angebote und der Verlust von Begegnungsorten verstärken die Unzufriedenheit. Diese Entwicklungen schwächen den Wirtschaftsstandort Sachsen. Die kommunale Finanzstruktur muss daher so weiterentwickelt werden, dass finanzielle Stabilität, effiziente Verwaltung und soziale Verantwortung miteinander verbunden werden.

**Kommunale Selbstverwaltung durch Sozillastenausgleich stärken:** Um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, muss ein Sozillastenausgleich im Finanzausgleichgesetz verankert werden. Schlüsselzuweisungen geben den Kommunen die Möglichkeit,

Mittel entsprechend ihrer tatsächlichen Bedarfe einzusetzen. Gleichzeitig muss der Finanzausgleich stärker als bisher die realen Aufgabenlasten der Kommunen berücksichtigen – insbesondere im sozialen Bereich. Der Freistaat Sachsen gestaltet durch Landesrecht, Verwaltungsvollzug und Fachaufsicht wesentliche Rahmenbedingungen der Leistungserbringung mit. Daraus folgt nicht notwendig eine vollständige Übernahme der Finanzierung, wohl aber eine systematische Beteiligung an den Kosten eines vom Freistaat mitgestalteten Leistungssystems.

**Konnexität sicherstellen:** Kommunen setzen bundes- und landesrechtliche Vorgaben um, oft ohne eine angemessene Finanzausstattung zu erhalten. Bund und Land müssen gesetzlich verankerte Aufgaben ausfinanzieren und die Gelder direkt an die Kommunen weiterleiten. Das betrifft pflichtige und sogenannte freiwillige Aufgaben gleichermaßen.

## Landeshaushalt stabilisieren – Zukunftsinvestitionen möglich machen

Der Freistaat verzeichnet aktuell ein Defizit von 2,3 Milliarden Euro. Sachsen hat verschiedene Möglichkeiten, um darauf zu reagieren.

### **Einsparpotenziale beim Bürokratieabbau und bei der Vereinfachung von Förderverfahren nutzen:**

Überbordende Bürokratie, nicht mehr zeitgemäße Verwaltungsabläufe und eine teils unkoordinierte Digitalisierung staatlicher Stellen haben den Freistaat ausgebremst. Hier macht die Verwaltung derzeit erste wichtige Schritte, doch die Einsparpotenziale sind bei weitem nicht ausgeschöpft und müssen genutzt werden. Insbesondere zur Vereinfachung von Förderverfahren hat der Paritätische Sachsen konkrete Vorschläge unterbreitet.

### **Generationenfonds für**

**Generationengerechtigkeit öffnen:** Künftige Pensionszahlungen für Beamte durch einen Generationenfonds abzusichern, ist notwendig. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob die jährlichen Einzahlungen vorübergehend weiter reduziert werden können und die Zinserträge auf die fast 14 Milliarden Euro starke Rücklage in der aktuellen Haushaltslage genutzt werden, um tiefgreifende Einschnitte in die soziale Infrastruktur zu vermeiden. Eine Politik, die heute soziale Teilhabe schwächt, handelt nicht generationengerecht – sie verschiebt Probleme und Folgekosten in die Zukunft. Die Zuführungen zum Generationenfonds müssen weiter flexibilisiert

werden. Der Begriff der Generationengerechtigkeit sollte erweitert werden. Denn es geht auch um die Frage, in welcher Gesellschaft zukünftige Generationen leben werden.

### **Sondervermögen für Investitionen in die soziale Infrastruktur nutzen:**

Mittel aus dem Sachsenfonds müssen in den kommenden zehn Jahren für die soziale Infrastruktur genutzt werden. Neben notwendigen Investitionen in Kitas und Schulen sind auch Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu bedenken. Der Investitionsstau ist mancherorts bereits auf eine betriebserlaubnisgefährdende Dimension angewachsen. Darüber hinaus müssen Investitionen in barrierefreien Wohnraum, inklusive Stadtentwicklung oder innovative Modelle der pflegerischen Versorgung getätigt werden.

### **Lockerung der sächsischen Schuldenbremse:**

Die aktuelle Finanzlage im Freistaat erfordert eine Lockerung der sächsischen Schuldenbremse im rechtlich zulässigen Rahmen des Sondervermögens. Dass sich die Koalitionspartner CDU und SPD zu einer zeitlich begrenzten Kreditaufnahme in Höhe von insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 durchgerungen haben und etwa die Hälfte davon an die Kommunen gehen soll, ist ein wichtiges Signal, um Impulse zu setzen und grundlegende Infrastruktur zu sichern.

## Demografische Entwicklung als zentrale Zukunftsaufgabe

Die demografische Entwicklung in Sachsen ist im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders prägnant. Geburtenknick, Abwanderung und Überalterung fordern die Generationen der Erwerbstätigen immer stärker heraus. Vor diesem Hintergrund sind bisherige Handlungsansätze zu hinterfragen und Rahmenbedingungen flexibler zu gestalten.

**Kinder, Jugend und Familien stärken:** Es muss in Familienfreundlichkeit sowie in Kinder und Jugendliche investiert werden. Dazu gehören Angebote der Familienberatung und

Jugendhilfe ebenso wie die Kita und die Schule vor Ort. Dem Umstand sinkender Kinderzahlen darf nicht mit pauschalem Rückbau der Infrastruktur begegnet werden. Vielmehr braucht es flexible Lösungen und eine veränderte Finanzierungsstruktur im Kita-Bereich und in der Jugendarbeit, um Standorte attraktiv und familienfreundlich zu halten. Ganztagsangebote sind auszubauen und Familien zu entlasten.

### **Abwanderung von Frauen verhindern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern:**

Unter einem Abbau sozialer Infrastruktur leiden insbesondere Frauen, da sie den überwiegenden Teil der Beschäftigten in sozialen Berufen stellen. In der Regel sind sie hoch qualifiziert. Werden Personalstellen gekürzt oder ganze Einrichtungen geschlossen, besteht die Gefahr der Abwanderung von weiblichen Fachkräften in andere Bundesländer, die bereits jetzt offensiv um Fachkräfte werben. Eine solche Entwicklung würde die demografische Entwicklung weiter beschleunigen. Hinzu kommt, dass Care-Arbeit auch heute noch überwiegend von Frauen geleistet wird. Weniger Kitas, Ganztags- oder Pflegeangebote haben eine Mehrfachbelastung zur Folge. Werden erwerbstätige Frauen unzureichend bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, ist das nachteilig für den sächsischen Arbeitsmarkt.

### **Regionale Entwicklung und Verantwortung stärken – SächsKomPauschVO sinnvoll weiterentwickeln:**

Kommunen sollen selbst entscheiden, wie sie soziale Angebote vor Ort gestalten. Der Freistaat Sachsen soll Geld mehrheitlich pauschal an Kommunen auszahlen, dies aber an klare Bedingungen knüpfen. Mittel für Jugendarbeit und Schulsozialarbeit sind vorrangig an freie Träger weiterzugeben – also Vereine und gemeinnützige Organisationen – und nicht für Verwaltungsaufgaben der Kommunen zu verwenden. Nur wenn kein geeigneter freier Träger verfügbare Mittel fachlich einsetzen kann, sollte die Kommune die Mittel selbst nutzen. Darüber hinaus muss die Förderung der Jugendarbeit im sächsischen Landesrecht verankert und an die demografische Entwicklung angepasst werden. Schließlich ist transparent zu operationalisieren, ob die Gelder bedarfs- und sozialraumorientiert sowie zielgerichtet eingesetzt werden und ob die politischen Ziele damit erreicht werden.

### **Mit Weitblick handeln – präventive Angebote stärken**

Kurzfristige Einsparungen dürfen nicht zu höheren Belastungen zukünftiger öffentlicher Haushalte führen. Gleichzeitig müssen nachvollziehbare Schwerpunkte im Haushalt gesetzt werden. Dabei orientiert sich der Paritätische Sachsen an zentralen Zukunftsaufgaben auf Grundlage von Zahlen, Daten und Fakten. Sachsen wird immer älter, die Arbeitswelt befindet sich im Wandel, Lebenswelten sind individueller und wir erleben einen tiefgreifenden Strukturwandel in den Regionen – Stadt und Land. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse muss Richtschnur politischer Aktivitäten sein.

**Präventiv wirken mit Jugendpauschale und Schulsozialarbeit:** Angespannte Haushalte setzen präventive und lebensweltbezogene Angebote für junge Menschen sachsenweit unter Druck. Erste Lücken zeigen sich. Gleichzeitig steigt der Bedarf an kostenintensiven erzieherischen Hilfen. Der Freistaat muss die Kommunen über die Jugendpauschale und die Schulsozialarbeit stärker als bisher unterstützen. Sachsen braucht eine starke Jugendarbeit, die immer auch Demokratietarbeit ist. Ein Rückzug in

diesem Bereich verursacht perspektivisch nicht nur höhere Folgekosten, sondern öffnet den Raum für extreme Jugendkulturen.

### **Sucht und psychischen Problemen früh begegnen:**

Beratungsstellen für suchtkranke oder psychisch erkrankte Menschen sind eine wichtige Anlaufstelle für Betroffene. In Krisensituationen können sie dazu beitragen, Menschen zu stabilisieren oder in Unterstützungsangebote außerhalb klinischer Settings zu vermitteln. In dieser Funktion tragen sie auch dazu bei, langfristige und kostenintensive Klinikaufenthalte zu vermeiden. Zudem helfen sie Angehörigen, unter der Belastung nicht selbst zu erkranken. Viele Angebote helfen Betroffenen dabei, trotz Erkrankung weiter am Arbeitsmarkt teilhaben zu können.

### **Hilfstrukturen in akuter Gefahr – Selbsthilfe, Schutzräume und Integration vor dem Aus:**

Sachsen profitiert von der Vielzahl selbstorganisierter Hilfstrukturen für chronisch erkrankte Menschen – von der Rheuma-Liga über die Aids-Hilfe bis hin zu

Long-Covid-Selbsthilfegruppen. Viele dieser Strukturen stoßen jedoch zunehmend an ihre Grenzen, da sie gesetzlich nicht verpflichtend sind und die Förderbedingungen immer komplexer werden. Angebote zur Förderung von Integration und Demokratie werden teils politisch infrage gestellt oder bereits flächendeckend gekürzt. Gleichzeitig erfüllen Angebote im Bereich Gewaltschutz und Kinderschutz vielerorts

nicht die geltenden Standards und politischen Zielvorgaben. Wenn der Freistaat bei der Unterstützung von Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen spart und die Schwächsten der Gesellschaft zurücklässt, riskiert er nicht nur eine Verschärfung von Armut, sondern gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie Ordnung und Sicherheit.

## **Gemeinsam gestalten – Sachsens Zukunft beginnt jetzt**

Der Paritätische Sachsen fordert Politik und Verwaltung unmissverständlich auf: Der kommende Doppelhaushalt muss als gesamtgesellschaftliches Projekt begriffen und gestaltet werden – nicht hinter verschlossenen Türen, sondern gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Eine Haushaltspolitik, die soziale Infrastruktur pauschal als Kürzungsmasse behandelt, wird den Herausforderungen unserer

Zeit nicht gerecht. Die Bereitschaft zur Mitarbeit ist ein Angebot – aber auch eine Erwartung an die politisch Verantwortlichen. Sachsen steht an einem Scheideweg. Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, prägen das Land weit über den Haushaltszeitraum hinaus. Jetzt ist die Zeit zu handeln – mutig, weitsichtig und gemeinsam.

---

**Der Paritätische Wohlfahrtsverband Sachsen** ist der größte Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege im Freistaat. In seinen mehr als 470 Mitgliedsorganisationen arbeiten über 44.000 Menschen, die durch rund 12.000 Ehrenamtliche unterstützt werden. Die Mitglieder betreiben sachsenweit etwa 2100 Einrichtungen und Dienste der Sozial- und Bildungsarbeit. Als Partner von Politik und Verwaltung setzt der Verband auf einen lösungs- und bedarfsorientierten Dialog aller beteiligten Akteure. Gemeinsames Handeln für die Menschen ist dabei Leitmotiv verbandlicher Aktivitäten.

### **Kontakt:**

Michael Richter  
Landesgeschäftsführung  
Tel.: 0351 - 828 71 120  
E-Mail: michael.richter@parisax.de

Simone Zimmermann  
kaufm. Landesgeschäftsführung  
Tel.: 0351 - 828 71 220  
E-Mail: simone.zimmermann@parisax.de

Tina Siebeneicher  
Verbandskommunikation (Schwerpunkt Politik)  
Tel.: 0351 - 828 71 123  
E-Mail: tina.siebeneicher@parisax.de

Thomas Neumann  
Verbandskommunikation  
Tel.: 0351 - 828 71 122  
E-Mail: thomas.neumann@parisax.de

Stand: 5. Mai 2026